**Bürgerinitiative Dohna unterstützt Antrag der Freien Wähler zum IPO Austritt**

In der öffentlichen Stadtratssitzung Dohna, Am Markt 10/11 steht am Mittwoch, den 25.09.2019 um 18.30 Uhr der Antrag der Freien Wähler zum Austritt der Stadt Dohna aus dem Zweckverband Industriepark Oberelbe, IPO, zur Abstimmung auf der Tagesordnung.

Den Antrag zum Austritt Dohnas aus dem IPO haben die Freien Wähler in der ersten Stadtratssitzung mit den neu gewählten Stadträten am 31.07. 2019 abgegeben (siehe Anhang). Weil mit Beschluss 0278/32/2017 die genannten Mittel in Höhe von 62 Mio € für den gesamten Industriepark Oberelbe mit derzeit 140 Mio € weit übertroffen werden, können für die Stadt Dohna die finanziellen Unwägbarkeiten existenzbedrohend werden. Der Stadtratsbeschluss zum Austritt Dohnas aus dem IPO würde das am 10.9.2019 abgegebene Bürgerbegehren für einen Bürgerentscheid ersetzen.

Die Bürgerinitiative Oberelbe, Gruppe Dohna, unterstützt diesen Antrag, weil:

1. Von den über 900 Unterschriften für den Bürgerentscheid in Dohna nach Auskunft der der BI über 90% für ein IPO-Ende sind.  Mit dem Stadtratsbeschluss würde dieses Ziel eher erreicht als mit dem Bürgerentscheid.

2. Die Gültigkeit des Bürgerbegehrens nach Aussage der Stadtverwaltung Dohna nicht sicher sei. Diese wird in den nächsten Monaten geprüft.

3. Die Mehrheit der IPO-Kritiker im neuen Dohnaer Stadtrat spiegelt die IPO-Kritik der Dohnaer Bevölkerung wieder. Ein Stadtratsbeschluss gegen den IPO spiegelt damit ebenfalls die breite Bevölkerungsmeinung (Dohna) wieder und ist kompatibel mit der Stimmungslage des  Bürgerbegehrens.

4. Es gibt damit keinen Widerspruch  zwischen dem einen und dem anderen. Der Stadtratbeschluss geht schneller und ist rechtssicherer als der Bürgerentscheid, der möglicherweise von der Verwaltung in einem halben Jahr in Frage gestellt wird.

Unabhängig davon zeigen Recherchen der BI, dass die bisher geplante Finanzierung über die GRW-Infra-Förderung platzt, weil bis zum 30.06.2020 kein Fördermittelantrag gestellt werden kann. Dies deckt sich mit Aussagen des Verbandsvorsitzenden Hr. Opitz am 26.08.2019 in der Bürgermeister- kandidatenrunde in Heidenau: ,,Eine Fördermittelzusage in der aktuellen Förderperiode (Antrag bis Mitte 2020) ist nicht mehr realistisch. In welchem Umfang und unter welchen Bedingungen es Mittel in der nächsten Förderperiode geben

könnte, ist noch nicht absehbar.“

Damit ist der bisherige Finanzierungsplan nicht mehr korrekt umsetzbar, weil dieser auf der aktuellen Förderquote aufbaut. Dadurch entstehende noch nicht absehbare zusätzlichen Kosten müssen durch höhere Kredite finanziert und somit auf die Mitgliedsstädte umgelegt werden.

Ein schneller Stadtratsbeschluss zum IPO-Austritt würde ein gewichtiges Zeichen

setzen. Wenn die Bürgermeister es ernst meinen mit der Demokratie, dann würden

sie den Beschluss auch folgen. Um nochmal Hr. Opitz auf o.g. Veranstaltung zu

zitieren:

,,Die Bürgermeister der drei beteiligten Städte werden nichts gegen den Willen der

Stadträte tun. Wenn also der Stadtrat Beschlüsse gegen den IPO fasst, geben die

Bürgermeister an, diese so vertreten zu wollen.

Kontakt:

Ingo Düring, BI Dohna, Tel.: 0176 72491919